

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 7

Dienstag, den 10. Januar 1933

Jahrgang 105

Bapens Aussprache mit dem Reichskanzler

Keine Gegensätzlichkeiten zwischen Papen und Schleicher — An Reichstagsneuwahlen ist niemand interessiert — Vorläufige Ausschaltung des Parlaments?

Zu Berlin, 1. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler empfing gestern Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler vom 4. Jan. und die daran geknüpften irreführenden Pressekommentare. Die Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.

Die „D.N.Z.“ bezeichnet die Aussprache Schleicher-Papen als eine neue wichtige Phase innerhalb der hochpolitischen Verhandlungen, die gegenwärtig zu dem Zweck geführt würden, eine neue Reichstagsauflösung und damit eine Gefährdung der wirtschaftlichen Beruhigung zu vermeiden. Ueber den Weg, der dafür beschritten werden könnte, lasse sich zur Stunde Näheres noch nicht sagen, zumal ja bei den Nationalsozialisten die Meinungen selbst auseinandergehen, ob eine sofortige Entscheidung wünschenswert, eine vorläufige Tolerierung möglich oder eine spätere Regierungsbeteiligung erwünscht wäre. Ueber alle diese Möglichkeiten sei zwischen Herrn von Papen und Hitler in Köln und sei auch am Montag zwischen dem Reichskanzler und seinem Vorgänger gesprochen worden. — Es gebe Optimisten, die nicht nur mit einer Verlängerung der parlamentarischen Kampfpause bis zum März, sondern sogar mit einer Ausschaltung des Parlaments über den Sommer rechnen.

Der „Völkische Beobachter“ glaubt, daß die Unterredung zwischen von Papen und Reichskanzler von Schleicher nicht ohne Einwirkung auf den Verlauf der Reichstagsauflösung sein werde. Es werde sich hierbei unter Umständen schon entscheiden, ob das Kabinett von Schleicher sich einem mit großer Mehrheit angenommenen Mißtrauensvotum aussetzen und den Reichstag auflösen werde, oder ob es der Reichspräsident vorzöge, eine andere Lösung zu finden, die in einer völligen Umbildung des derzeitigen Kabinetts zu geschehen hätte.

Die Besprechung zwischen Reichskanzler von Schleicher und Herrn von Papen hat sich, wie der „Sozialanzeiger“ zu melden weiß, nicht nur auf die Kölner Unterredung, sondern auch auf die gesamte innerpolitische Lage bezogen. In den letzten Tagen habe Herr von Papen mehrere Besprechungen mit Vertretern der Wirtschaft im Ruhrgebiet geführt. Von westdeutschen Industriellenkreisen sei erklärt worden, daß man gewisse Bedenken gegen die Sozialpolitik und die Arbeitsbeschaffungspolitik des

jetzigen Reichskabinetts habe. Herr von Papen sei von den Vertretern der westdeutschen Industrie gebeten worden, diese Bedenken dem Reichskanzler bei der Berichterstattung über die Kölner Unterredung gleichzeitig mitzuteilen.

Hitler über die Begegnung mit Papen

Einem im „Völkischen Beobachter“ enthaltenen Bericht der „N.S.“ aus D.N.Z. zufolge, äußerte sich Adolf Hitler auf Fragen des Reichspresseschefs der NSDAP über seine Begegnung mit Herrn von Papen u. a. wie folgt:

Frage: Der Kern der öffentlichen Angriffe scheint in der Behauptung zu liegen, daß der Grund Ihrer konsequenten Opposition in der Absicht zu suchen sei, sich und Ihre Bewegung der Verantwortung am Staate zu entziehen. Hat dieses Argument sachliche Bedeutung?

Antwort: Nein. Tatsächlich war ja meine Forderung nicht eine andere als gerade die Uebertragung der persönlichen Verantwortung an die NSDAP. Allerdings setzte ich hier selbstverständlich voraus, daß die Partei dann aber auch die ihr zukommende Führung erhält. Mir zuzumuten, die Verantwortung zu übernehmen für das, was andere tun, ist ein sehr starkes Stück. Wenn der Herr Reichspräsident im November glaubte, dank der Ratschläge seiner Umgebung, es nicht verantworten zu können, mir die Verantwortung zu übertragen, dann sind damit die Männer auch heute die Verantwortlichen für die traurigen Folgen und für all das Elend, das aus dieser Weigerung dem deutschen Volke erwachsen muß.

Frage: Sind die Behauptungen in der gegnerischen Presse zutreffend, daß Sie Fühlung mit Herrn von Papen gesucht habe. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß ich mir von niemandem vorschreiben lasse, mit wem ich sprechen darf und mit wem nicht. Ich bin Politiker und werde, wenn ich es für zweckmäßig ansehe, jede Besprechung führen. Die deutsche Schwerindustrie ist ein Teil der deutschen Wirtschaft. Ich brauche daher ebensowenig an sie „Anschluß zu suchen“ wie an irgendeine andere Wirtschaftsgruppe. Ein Politiker hat mit allen bestehenden Faktoren zu rechnen und kann ihre Existenz nicht wegzaubern. Wenn ich aber jemals die Notwendigkeit empfinde, darüber hinaus mit irgend einer Wirtschaftsgruppe eine besondere Fühlung zu nehmen, so benötige ich dazu keinen besonderen Fürsprecher.

Jugend-Notwerk und freim. Arbeitsdienst

Der Reichsarbeitsminister wirbt um tatkräftige Mitarbeit aller Volksschichten

Zu Bielefeld, 10. Jan. Reichsarbeitsminister Dr. Syrup sprach am Montag in Bielefeld im Westfälisch-Rippischen Wirtschaftsband über das Jugendnotwerk und den freiwilligen Arbeitsdienst. Der Minister verwies eingangs darauf, daß im Reich sechs Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden seien, die mit Frauen und Kindern annähernd ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachten. Wenn auch die Arbeitslosigkeit ein internationales Übel geworden sei, so habe Deutschland doch nach dem verlorenen Kriege, dem Versailler Diktat und seinen Folgen am schwersten darunter zu leiden. Mehr als eine Million männlicher Jugendlicher und 400 000 weiblicher Jugendlicher seien arbeitslos und wüchsen ohne Berufserziehung und Arbeitsucht heran. Die Not der Arbeitslosigkeit treffe am schwersten die von der Volksschule kommenden Arbeitslosen, die als Arbeiter oder Angestellte ihren Lebensunterhalt zu erwerben hofften. Sie erfassen aber auch die Abiturienten der höheren Schulen, die Studenten und Jungakademiker. Hinter den 300 000 Akademikern in vollakademischen Stellen ständen schon heute 150 000 voll ausgebildete Anwärter unbeschäftigt oder in unbefriedigender Arbeit. Hinzu kämen weiter die zweiten und weiteren Bauernsöhne, denen der väterliche Hof keine Beschäftigungsmöglichkeiten gebe, und die jungen Handwerker, die ihre Werkstätten hätten schließen müssen.

Wirkliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit könne nur aus der natürlichen Befundung der Gesamtwirtschaft kommen.

Die industrielle Erzeugung sei heute auf dem Stand der mittleren 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, auf 50 bis 60 v. H. des Erzeugungsvolumens der letzten Vorkriegsjahre, zurückgegangen. Nunmehr mehrten sich aber deutlich erkennbare Anzeichen, daß die Deflation im wesentlichen abgeschlossen sei.

Der freiwillige Arbeitsdienst sei in erster Linie ein Ausdruck des starken Lebenswillens der deutschen Jugend.

Die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst stehenden sei von 74 000 im Sommer 1932 auf mehr als eine Viertelmillion zu Ende des Jahres gesprungen. Im Arbeitsdienst sei der Begriff der Zufälligkeit wesentlich strenger anzulegen als z. B. bei der Arbeitsbeschaffung des Gerede-Programms. Bei diesen Arbeiten sei die Forderung der Zufälligkeit sehr gelockert. Man hätte das gekonnt, weil sich diese Arbeiten fast völlig den Bedingungen des freien Marktes anpaßten. Die volksezerzierische Aufgabe des freiwilligen Arbeitsdienstes liege im wesentlichen bei der arbeitsdienstwilligen Jugend selbst. Besonders bei den älteren arbeitsdienstwilligen erwecke der Arbeitsdienst auf dem Lande eine starke Neigung zur Siedlung auf eigener Scholle.

Die Reichsregierung sei von der Notwendigkeit zu fiebern, und zwar schnell und soviel wie möglich zu fiebern, überzeugt, und geeignete Arbeitsdienstwillinge würden auch die gebührende Verköstigung finden.

Siedlungsmöglichkeiten würden aber nur im begrenzten Umfange Hilfe schaffen können. Dagegen sei das Bestreben der arbeitsdienstwilligen besonders beachtenswert, die Denksameradschaft auch nach Beendigung des Arbeitsdienstes in der Form der Selbsthilfe der Kameradschaftshilfe fortzusetzen.

Aus dem Gedanken der Selbsthilfe sei das Notwerk der deutschen Jugend entstanden, zu dem der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung aufgerufen hätten. Das Notwerk solle die öffentliche und die freie Hilfsarbeit für die arbeitslose Jugend zusammenfassen und durch Reichsmittel fördern. Die für diesen Winter vom Reich bereitgestellten Mittel genügen, um 500 000 junge Leute in der gedachten Weise laufend zu unterstützen.

Tages-Spiegel

Zwischen Papen und Reichskanzler v. Schleicher fand gestern eine Aussprache über die Kölner Besprechung Papen-Hitler statt. In einer amtlichen Verlautbarung wird nur gesagt, daß Gegensätzlichkeiten zwischen Papen und Schleicher nicht beständen.

In Berliner politischen Kreisen glaubt man, daß Reichstagswahlen vermieden werden können und das Parlament voraussichtlich erneut vertagt werden wird.

Reichsarbeitsminister Syrup sprach in Bielefeld über den freiwilligen Arbeitsdienst und das Jugendnotwerk.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände tritt anläßlich der 13jährigen Wiederkehr des Inkrafttretens des Versailler Vertrages in einem Aufruf für die Revision des Friedensvertrages ein.

In Genf trat der vorbereitende Sachverständigenausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz zu seiner zweiten, abschließenden Tagung zusammen.

Stalin erklärte in einer Rede, daß die Sowjetunion sich nunmehr eine moderne Kriegsindustrie und eine starke Luftflotte geschaffen habe.

Einigung über die Agrar- und Handelspolitik

Zu Berlin, 10. Jan. An zuständiger Stelle wird bestätigt, daß in einer am Samstag in der Reichskanzlei stattgefundenen Besprechung zwischen Reichskanzler von Schleicher, Reichswirtschaftsminister Warmbold und Reichsernährungsminister v. Braun eine grundsätzliche Einigung über die Agrar- und Handelspolitik erzielt worden ist. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Aussprache waren die vor der Tür stehenden Handelsvertragsverhandlungen mit einer Reihe von Ländern.

Falschmünzer festgenommen

Zu Nordhausen, 10. Jan. Die Kriminalpolizei nahm am Montag einen früheren Studenten und eine geschiedene Ehefrau aus Sondershausen fest, die in verchiedenen Nordhäuser Geschäften falsche Fünfzigpfennigstücke in Umlauf gesetzt hatten. Bei den Festgenommenen wurden noch 76 Falschstücke aufgefunden. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der Falschmünzer in Sondershausen konnten auch die zur Falschgeldherstellung benutzten Formen und Werkzeuge sichergestellt werden.

Aus Jülich wird berichtet: Der Landes kriminalpolizei ist es im Kreise Erkelenz gelungen, eine Falschmünzerbande zu stellen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Es hat den 4 Beteiligten nachgewiesen werden können, daß sie über 500 falsche Fünfmarkstücke hergestellt und in den Verkehr gebracht haben.

Der Aufstand in Spanien

Zu Madrid, 10. Jan. Während die Madrider Presse berichtete, daß der syndikalistische Umsturzversuch als gescheitert anzusehen sei, wird gemeldet, daß es in dem Ort Pedralba bei Valencia zu neuen Unruhen gekommen ist. Aufständische beschossen Polizisten, von denen drei tot auf dem Platz blieben. Die Polizisten schossen darauf auf die Syndikalisten, die 10 Mann verloren. Von den Kanarischen Inseln wird gemeldet, daß in Teneriffa Kommunisten mehrere Sprengstoffanschläge verübt haben. Die Hafenarbeiter streiken und Militär bewacht die Regierungsgebäude. Die Gesamtverluste bei den Unruhen in ganz Spanien sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, an 40 Tote und etwa 75 Verwundete, darunter mehrere Schwerverletzte. Die Kämpfe wurden von den Syndikalisten in der heftigsten Weise geführt. Sie schossen vielfach von den Dächern auf die Polizei. Auch verwendeten sie Giftgasbomben.

Sapan wünscht einen Bufferstaat

mit Schanhaiwan als Hauptstadt.

Zu Nanjing, 10. Jan. Das japanische Oberkommando hat die Schaffung eines Bufferstaates mit Schanhaiwan als Hauptstadt vorgeschlagen. Die chinesische Regierung lehnt nach einer Erklärung des chinesischen Außenministers solche Vorschläge entschieden ab.

Japanischen Pressemeldungen zufolge sollen die chinesischen Truppen Vorbereitungen zur Wiedereinnahme von Schanhaiwan treffen. — Wie in Peking verlautet, sollen an der Eisenbahnlinie Kirin-Tschangschun chinesische Freischärler in Stärke von 4000 Mann zwei japanische Bataillone angegriffen und in mehrstündigem Kampf völlig vernichtet haben.

